Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Kassel, 18.02.2010

Niederschrift

über die **36. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Dienstag, 09.02.2010, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1.	Barrierefreies Rathaus	101.16.1565
2.	Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen	101.16.1583
3.	Barrierefreiheit nicht zu Lasten blinder Menschen	101.16.1584
4.	Totalkürzungen und Sanktionen in den Geschäftsbericht der AFK aufnehmen	101.16.1593
5.	(Total-)Kürzungen im AFK-Bericht	101.16.1594

Vorsitzende Diederich eröffnet die mit der Einladung vom 01.02.2010 ordnungsgemäß einberufene 36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung
Stadtverordneter Lippert beantragt, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 wegen Sachzusammenhangs gemeinsam und in umgekehrter Reihenfolge aufzurufen.
Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, so dass Vorsitzende Diederich die so geänderte Tagesordnung feststellt.

1. Barrierefreies Rathaus
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.16.1565 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Für das Jahr 2009 ist für die Zweckbestimmung „Barrierefreis Bauen“ ein Investitionsvolumen von 100.000 € vorgesehen.

1. Unseres Wissens wurde zur Barrierefreiheit in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und dem Hauptamt bereits im Jahr 2008 ein Maßnahmeplan entwickelt, der für das Jahr 2008 z.B. die behinderungsgerechte Nachrüstung vorhandener Aufzüge mit einer Sprachausgabe vorsah. Wann wird diese Maßnahme konkret umgesetzt?

2. Welche konkreten Maßnahmen aus der aktuell vom Behindertenbeirat erstellten Prioritätenliste werden noch in diesem Jahr umgesetzt?
3. Werden nicht verbrauchte Haushaltsmittel in das Jahr 2010 übertragen und welche Ansätze sind für das „Barrierefreie Rathaus“ in den Jahren 2010 und 2011 vorgesehen?

Stadtverordnete Friedrich, SPD-Fraktion, begründet die Anfrage ihrer Fraktion.
Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet gemeinsam mit Herrn Batscheider, Mitarbeiter des Amtes für Hochbau- und Gebäudebewirtschaftung, die Anfrage der SDP-Fraktion.
Vorsitzende Diederich erklärt die Anfrage für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

2. Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1583 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbestand zu prüfen oder auf andere Weise sicherzustellen, dass Wohnungssuchende für eine barrierefreie Wohnung entsprechende Auskünfte aus einer Hand erhalten können. Die Meldestelle sollte so ausgestaltet sein, dass sich auch Vermieter nicht öffentlich geförderter Wohnungen daran beteiligen können.

Stadtverordnete Friedrich, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.
Stadtkämmerer Dr. Barthel und Frau Steinbach, Amtsleiterin des Wohnungsamtes, beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.
Nach längerer Diskussion zieht Stadtverordnete Friedrich für die Fraktionen von SPD und B90/Grüne den gemeinsamen Antrag zurück.

Der Antrag wurde von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen.

3. Barrierefreiheit nicht zu Lasten blinder Menschen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1584 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, sich bei der KVG dafür einzusetzen, dass bei Linienführung der öffentlichen Verkehrsmittel über das Stadtgebiet hinaus der Kasseler Standard bei den Zugängen zu den Haltestellen umgesetzt wird.

Stadtkämmerer Dr. Barthel erläutert, dass für die bauliche Angleichung der hessische Straßenbaulastträger (Amt für Straßen- und Verkehrswesen - ASV) zuständig ist und dieser eine bauliche Angleichung an den Kasseler Standard ablehnt. Die schriftliche Begründung der KVG wird als Anlage zur Niederschrift zugesagt.
Nach kurzer Diskussion zieht Stadtverordnete Friedrich für die Fraktionen von SPD und B90/Grüne den gemeinsamen Antrag zurück.

Der Antrag wurde von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen.

5. (Total-)Kürzungen im AFK-Bericht
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1594 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1) Wie viele Totalkürzungen und wie viele Teilkürzungen gab es im Jahr 2009 in den einzelnen Monaten bei der AFK? Bitte auch nach Gründen für die Kürzungen aufschlüsseln.
2) Wie viele Personen gibt es (monatlich), die zahlungsunfähig oder verschuldet sind bzw. kein oder zu geringes Einkommen und trotzdem keine Sozialleistung bekommen, weil sie nach Ansicht der Stadt verwertbares Vermögen besitzen, welches aber nicht realisiert oder realisierbar ist?
3) Wie vielen Personen wurde 2009 monatlich die KdU gekürzt bzw. ganz gestrichen? (bitte monatlich auflisten)
4) Wie viele Familien bzw. Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und kranke Personen waren darunter?
5) Hat die Stadt Erkenntnisse darüber, was mit den Personen, denen die Leistungen komplett gestrichen wurde, geschehen ist und wie viele Personen dadurch obdachlos geworden sind?
6) Wie viele Anträge auf Mietrückstandsübernahmen gab es in 2009? (Bitte monatlich aufführen)
7) Wie vielen Betroffenen wurde eine Mietrückstandsübernahme gewährt?
8) Woher kommt nach Ansicht des Magistrats die Veränderung der Anzahl obdachloser Personen und Mietrückstände?
9) Wie wird auf die veränderten Zahlen bei Mietrückständen und Obdachlosigkeit reagiert?
10) Welche Konsequenzen zieht die Stadt Kassel aus dem Mangel an angemessenem Wohnraum für 1- bzw. 2-Personenhaushalte (über 75% der Haushaltsgrößen der EHB sind 1-2PHH) auf dem Wohnungsmarkt?

Herr Ruchhöft, Leiter des Sozialamtes und Geschäftsführer der AFK, beantwortet die einzelnen Fragen.
Vorsitzende Diederich erklärt die Anfrage für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

4. Totalkürzungen und Sanktionen in den Geschäftsbericht der AFK aufnehmen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1593 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

sich dafür einzusetzen, dass im Geschäftsbericht der AFK die monatliche Anzahl der Personen im SGBII-Bezug
a) mit Totalkürzungen (Regelsatz + KdU) und
b) mit Totalkürzungen des Regelsatzes
aufgeführt werden.
Außerdem soll sich der Magistrat dafür einsetzen, dass die im jeweiligen Jahr verhängten Sanktionen nach Sanktionsgrund aufgeschlüsselt werden, dass aufgeschlüsselt wird, gegen wie viele Sanktionen Widerspruch eingelegt bzw. Klage erhoben wurde und wie viele Sanktionen wieder zurückgenommen werden mussten.

Stadtverordnete Gaß begründet den Antrag ihrer Fraktion.
Im Laufe der sich anschließenden Diskussion zieht Stadtverordnete Gaß den Antrag zurück.

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Ende der Sitzung: 17.50 Uhr

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Andrea Turski
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur **36.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am
Dienstag, 09.02.2010, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Hannelore Diederich, SPD Vorsitzende	Diederich
Michael Bathon, CDU 1. stellvertretender Vorsitzender	
Anja Lipschik, B90 / Grüne 2. stellvertretende Vorsitzende	
Wolfgang Decker, MdL, SPD Mitglied	i.v.
Petra Friedrich, SPD Mitglied	
Heidemarie Reimann, SPD Mitglied	
Dr. Günther Schnell, SPD Mitglied	Günther Schnell
Sandra Rudolph, CDU Mitglied	entschuldigt
Lutz Schmidt, CDU Mitglied	
Donald Strube, CDU Mitglied	
Karl Schöberl, B90 / Grüne Mitglied	i.V. Helga
Renate Gaß, Kasseler Linke.ASG Mitglied	
André Lippert, FDP Mitglied	

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG Stadtverordneter	

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Kenan Altinok,
Vertreter des Ausländerbeirates

K. Altinok

Magistrat

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Schriftführung

Andrea Turski,
Schriftführerin

A. Turski

Verwaltung/Gäste

Markus Batscheider -651-	
Ingrid Steinbach -64-	
Beate Eda	HNA
Ruchhöft -50	
Aleschewsky, Thomas	
Fuchs	Behindertbeirat
Manfred Aul, SBR	

Anwesenheitsliste zur
36. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vom 09.02.2010 Seite 2

09/02 2010 14:52 FAX +49 561 3089 303 ABT.IF 001

Anlage zu TOP 3

KVG
Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft

Verwaltung
Königstor 3 - 13
34117 Kassel
Telefon 0561 3089-0
Telefax 0561 782-21 21
www.kvg.de

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG . Postfach 10 20 47 . 34020 Kassel

Per Telefax: 0561 787-2217
Stadt Kassel
Kämmerei und Steuern
Frau Antje Kühn
Rathaus
34112 Kassel

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen, E-Mail
wiehü
wiesenhuettm@kvvks.de
Akten-Nr.

Telefon, Name
93504-707
Herr Wiesenhütter

Kassel, 09.02.2010

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport am 09.02.2010
Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Nr. 101.16.1584:
Barrierefreiheit nicht zu Lasten blinder Menschen

Sehr geehrte Frau Kühn,

die KVG unterstützt das Anliegen des obigen Antrages.

Die vielfältigen Versorgungsfunktionen, die ein Oberzentrum neben Arbeits- und Ausbildungsangeboten für die ganze Region übernimmt, erfordern eine funktionsfähige, leistungsstarke und barrierefreie Mobilität sowohl innerhalb des Oberzentrums als auch aus dem Umland in die Stadt. Gerade Menschen mit Behinderungen sind dabei auf einheitliche Standards angewiesen, um sich sicher und verlässlich bewegen zu können. In Berücksichtigung der vielfältigen Pendlerbeziehungen ist es aus unserer Sicht sinnvoll, diese Standards nicht nur in der Stadt selbst zu manifestieren. Einheitliche, durchgängige Wegeketten erfordern eine Angleichung der baulichen Umwelt sowie eine einheitliche „Benutzeroberfläche" im ÖPNV.

Die KVG als Bauherrin für die Tram-Strecke nach Vellmar und die KVV Bau- und Verkehrs-Consulting GmbH (KVC) als Planerin für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen in der Gemeinde Söhrewald haben versucht, den Kasseler Standard auf den barrierefreien Umbau der regionalen Verkehrsinfrastruktur anzuwenden. Der an der Planung maßgeblich beteiligte hessische Straßenbaulastträger (Amt für Straßen- und Verkehrswesen – ASV) hat eine bauliche Angleichung der Infrastruktur an den Kasseler Standard jedoch abgelehnt.

In Vellmar ging es dabei um die Frage, ob Querungen als so genannte „geteilte Querungen" oder als vollständig abgesenkte Überwege ausgeführt werden sollen. Während die KVG in Anbetracht der sicheren Nutzbarkeit für blinde und sehbehinderte Menschen für die geteilte Querung plädiert hat, verfügte der Straßenbaulastträger durchgängig den Bau von vollständig abgesenkten Querungen.

...

In der Gemeinde Söhrewald gab es abweichende Auffassungen zwischen der KVG und dem ASV hinsichtlich der farblichen und taktilen Darstellung der Einstiegsbereiche auf den Haltestellen.

In beiden Fällen war es somit nicht möglich, den im Stadtgebiet umgesetzten Kasseler Standard im Sinne durchgängiger barrierefreier Wegeketten auch in das Umland zu übertragen. Die KVG steht diesbezüglich weiterhin im fachlichen Austausch mit dem ASV.

Letztendlich entscheidet über den auszuführenden Standard der jeweilige Straßenbaulastträger. An diese Vorgabe ist die KVG gebunden.

Freundliche Grüße

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft
Aktiengesellschaft

ppa. Blobel

i. A. Wiesenhütter